

GIORGOS CHONDROS

DIE WAHRHEIT ÜBER DER PROPAGANDAKRIEG GEGEN SYRIZA

GRIECHENLAND, DIE EUROKRISE UND DIE ZUKUNFT EUROPAS

Leseprobe



WESTEND

GIORGOS CHONDROS

Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas

Der Propagandakrieg gegen Syriza

Übersetzt von Céline Melanie Speiker

WESTEND

Inhalt

Vorworte

Efklidis Tsakalotos	7
Lola Sánchez Caldentey	10

1 Die Krise des Kapitalismus und deren Umwandlung in ein »griechisches Problem«	18
Die Systemkrise und die Konstruktionsfehler der EU	20
Das heiße Thema »Staatsschulden«	25
Griechenland – ein »schwarzes Schaf«	32
Austeritätspolitik und Widerstand	37
Die Rolle der Troika und der europäischen Institutionen	43
Die Regierung der Technokraten	54
2 Die humanitäre Katastrophe in Griechenland	61
Dramatische Arbeitslosigkeit	61
Einkommenskürzungen, Steuererhöhungen	63
Die Amputation des Arbeitsrechts	65
Banken gerettet, Gesellschaft verarmt	69
Austerität tötet	73
Niemanden in der Krise allein lassen!	79
Solidarität im Gesundheitsbereich	83
Sozialküchen und Solidarität für Alle	88
Der Kampf gegen die extreme Armut	92

3 Mythen der europäischen und griechischen Krise	96
Der Mythos der Rettung Griechenlands	98
Wer wurde denn nun gerettet?	101
Vom Entstehen des Schuldenbergs	109
4 Die Propaganda gegen Syriza und die von ihr geführte Regierung	113
Diskreditieren und Ängste schüren	114
Ross und Reiter nennen	117
Die drei ewigen Fragen	121
5 This is a coup!	131
Der Aufstieg der radikalen Linken	134
Syriza an der Regierung	140
Auf der Suche nach einem »ehrvollen Kompromiss«	146
Von Gipfel zu Gipfel: Spannungen und Widersprüche	152
Zwei sehr unterschiedliche EU-Modelle	159
Tage der Entscheidung	165
Das Referendum, das Europa veränderte ...	168
6 Syriza – Geschichte und Zukunft einer radikalen Partei	175
Multifraktionalität, Partei und Bewegung	176
Nach der Niederlage: Strategische Fragen	189
Spaltung oder Auflösung?	195
7 Die europäische Krise und die Zukunft Europas	200
... and the winner is: Germany!	200
Unser Europa!	204
Epilog	211
Anmerkungen	224

Vorwort

von Efklidis Tsakalotos (Finanzminister Griechenlands)

Giorgos Chondros ist Gründungsmitglied von Syriza. Er diente dem Projekt der gemeinsamen Anläufe der alternativen, antikapitalistischen und radikalen Linken während der gesamten Dauer ihrer Entfaltung in Griechenland über etwa die letzten zwanzig Jahre. Er tat das auf vielen Positionen und in vielen Funktionen – auf lokaler und kommunaler Ebene, innerhalb der sozialen Bewegungen, im ökologischen Bereich und auf zentraler politischer Ebene. Selbst seine heutige Position ist bezeichnend: Außer seiner Arbeit in den internationalen Beziehungen ist er Koordinator für Umweltpolitik von Syriza.

Deshalb ist er der Richtige, um eine facettenreiche und kaleidoskopartige Analyse des vergangenen und gegenwärtigen Geschehens zu geben. Seine Befähigung erhöht sich zusätzlich aufgrund der Tatsache, dass er die »interne« Geschichte unserer Partei sehr gut kennt. Und so präsentiert dieses Buch tatsächlich eine Art Zusammenschau der wesentlichen Themen, die sich während der Jahre der großen Krise in einem Teil der radikalen Linken in Griechenland entwickelt und die die Positionierung und das politische Verhalten von Syriza in entscheidendem Maße beeinflusst haben. Es ist zugleich der Ertrag der Beteiligung des Autors an den intensiv geführten Diskussionen der Linken in den letzten vier bis fünf Jahren.

Giorgos Chondros weiß also gut, dass es zwei wesentliche Leitsätze, zwei Achsen gibt, um die die Politik von Syriza aufge-

baut ist. Sie haben unsere Partei von einer Kraft der Bewegungslinken in einer Größenordnung von vier Prozent hinauf zur Regierungsverantwortung katapultiert. Syriza kann nun unter gewissen Bedingungen ein Modell für eine Alternative für Europa darstellen.

Dazu gehört erstens ein klassenorientierter Blick, der Versuch, die sozialen – und gesellschaftlich konflikthafter – Ausmaße der Entwicklungen zu diagnostizieren, welche im herrschenden Diskurs nahezu immer, aber auch in den Gegendiskursen in vielfältigen Verschleierungen bis zur Unkenntlichkeit in Erscheinung treten. Wenn »Klasse gegen Klasse« zu irgendeiner Wirklichkeit passt, dann ist dies ihre Wirklichkeit schlechthin.

Und dazu gehört zweitens – und damit verknüpft – ein internationalistischer Blick, der von der Idee geleitet wird, dass die gemeinsamen Probleme der Arbeitnehmer auf der ganzen Welt gemeinsame Anstrengungen und gemeinsame Lösungen erfordern. Der Internationalismus ist keine Ergänzung, sondern konstituierendes, begründendes Element jedes emanzipatorischen Vorhabens, jeder linken politischen Organisation.

Auf dieser Grundlage täuschen die populären Muster über Besatzung, Kolonie, Fremdherrschaft und Merkel-Kollaborateure vollkommen. Sie müssen unter der Strafandrohung, dass es sonst außerordentlich finster enden könnte, durch andere gegnerische Muster ersetzt werden, die einer Konzeption entsprechen, welche den kapitalistischen Gegenangriff unter der Krise in den Mittelpunkt rückt. Dieser Gegenangriff trägt die Merkmale einer klassenspezifischen Gegenrevolution, die das Ziel verfolgt, die Uhren um zwei Jahrhunderte zurückzudrehen.

Die Begrifflichkeit ist für dieses Verständnis zentral. Sie ist Grundbedingung, so meine ich, dafür, dass sich die Lage ändert. Sie ändert sich bereits mit der Art und Weise ihrer Betrachtung.

Diese Zeilen werden nach der berühmt-berüchtigten Vereinbarung vom 12. Juli verfasst, jener für unser Land und unser Volk schmerzlichen Vereinbarung, die der Regierung unter der Androhung eines unkoordinierten Staatsbankrottes und des vollständigen Zusammenbruchs des griechischen Bankensystems aufoktroziert wurde. Es handelt sich um eine große Niederlage von Syriza, die sowohl mit ihren vor der Wahl getroffenen Aussagen in Konflikt steht als auch mit den programmatischen Bekundungen der Regierung von Alexis Tsipras.

Diese negative Entwicklung wurde nicht nur von einigen sehr folgenreichen Fehlern der griechischen Regierung begünstigt, sondern mehr noch von der europaweiten Unfähigkeit, ein für die Anti-Austeritäts-Kräfte günstiges Kräfteverhältnis zu entwickeln, ohne das, unabhängig von dem Willen der linken Regierung in Athen, nur wenig ausgerichtet werden kann.

Griechenland ist kein »Sonderfall«, sieht man einmal davon ab, dass alle Länder Sonderfälle sind. Tatsächlich bereitet das, was hier geschieht, auch den Boden für die Zukunft der anderen Länder der Eurozone. Die Probleme, die wir antreffen, sind nicht national, sondern europäisch.

Die herrschenden Klassen in der gesamten Eurozone sind sich dessen bewusst. Es bleibt, dass auch die Arbeiterklassen sich dessen im gleichen Maße bewusst werden. Dann wird alles anders laufen.

Athen im August 2015

Vorwort

von Lola Sánchez Caldentey (Mitglied des Europäischen Parlaments, GUE/NGL, Podemos)

Ich kann zwischen jenem Europa, das Spanien 1986 verkauft wurde, und dem, das ich heute sehe, kaum Ähnlichkeiten finden. Als Bürgerin leide ich passiv und aus der Außenposition, aber ich leide auch aus der Innenposition, denn ich bin seit gerade einmal einem Jahr Mitglied des Europäischen Parlaments.

1986 ging ich noch zur Schule, dennoch erinnere ich mich gut an die Medien- und Bildungskampagne über unseren Beitritt zur Europäischen Union. Der Eintritt in den Club der großen Länder, so wie Frankreich, das Vereinigte Königreich, Deutschland und auch die Niederlande, bedeutete vor allem ein beträchtliches Maß an nationalem Selbstwertgefühl. Es tauschte unsere alten Linsen mit neuen aus und brachte uns dazu zu glauben, dass wir wie sie werden könnten und dass wir unsere Fähigkeit unter Beweis stellen sollten, uns anzustrengen und ein modernes Land aufzubauen, oder besser gesagt: »ein europäisches Land«. Das war die Botschaft an meiner Schule. Eine glorreiche Zukunft voller Möglichkeiten eröffnete sich vor uns. Wir mussten mit dieser Zukunft nur noch Schritt halten.

Unsere Demokratie existierte zu diesem Zeitpunkt erst seit weniger als einem Jahrzehnt. Tatsächlich sind wir etwa gleichaltrig. Die vierzig Jahre der Diktatur waren den Erwachsenen noch präsent, aber, und das ist wichtiger, die neue Demokratie stand noch

auf sehr wackeligen Beinen. Wie wackelig, das hatte noch 1981 der versuchte Staatsstreich von Antonio Tejero demonstriert, einem Oberstleutnant der Guardia Civil, der eines Morgens in das Parlament stürmte, in die Luft schoss und das spanische Volk an diesem langen Tag im Februar verängstigt zurückließ. Der Europäischen Union beizutreten bedeutete unter anderem, dass sich aus irgendeinem Grund Schrecken wie diese nicht wiederholen würden, dass das Zeitalter der Oligarchie, religiöser Finsternis und rücksichtsloser Moralität nicht zurückkommen würde. Schließlich war das, was Europa uns versprach, die Entwicklung einer echten, offenen und transparenten Demokratie mit Freiheit und Rechten, die unser Volk zuvor nie genossen hatte. Europa würde uns Reichtum bringen, neue und moderne Jobs, mehr Kultur und Bildung, ein besseres Verkehrswesen; es würde Kriege verhindern und die Grenzen aufheben. Das war die Europäische Union, die den Anspruch erhob, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen.

Heute kann ich diese höchsten Werte in der EU kaum noch entdecken. Dennoch stimmt es, dass mein Land dank des Kohäsionsfonds wirtschaftlich gewachsen ist. Diese Unterstützung ist uns aber nicht geschenkt worden, wir mussten einen Preis dafür zahlen. Ich lebte in einer mittelgroßen Stadt, deren Schwerpunkt in der Industrie, besonders der chemischen und der Bergbauindustrie, lag. In nur wenigen Jahren sahen wir, wie ein Großteil der Wirtschaftsstruktur verschwand, und all diese Arbeit und dieses Wissen, denen keine Wertschätzung zuteil wurden, verschwanden auf einer stürmischen See, einer See von Frühverrentungen, Demonstrationen, Streiks, brennenden Reifen und Polizeianklagen – ich erinnere mich so gut daran, weil ich es vom Balkon meines Hauses aus beobachtete –, und niemand konnte die Frage beantworten: Was für ein Leben würden wir von diesem Zeitpunkt an in unserer Stadt führen?

Etwas älter geworden, erinnere ich mich daran, wie Felipe Gonzales, der Premierminister, im Fernsehen über die berühmte

»industrielle Umstrukturierung« sprach So nannten sie den Prozess des Industrieabbaus, und um nichts anderes handelte es sich dabei, denn was sie dichtmachten, wurde überhaupt nicht umstrukturiert, sondern fiel einfach weg. All das waren EU-Auflagen, angeblich notwendige politische Maßnahmen, um unser Land zu »modernisieren« und uns wie unsere europäischen Kollegen aussehen zu lassen. Ist es nicht das, was ihr wollt, echte Europäer sein? Und wir dachten alle, dass sie ihren Lebensunterhalt nicht mit Fabriken bestritten.

Übrigens hat sich meine Stadt seitdem nicht wieder erholt und leidet unter der Arbeitslosigkeit und den Mechanismen des sozialen Ausschlusses weiterhin deutlich stärker als der spanische Durchschnitt.

Dies sind die ersten Erinnerungen, die ich an die Auswirkungen der EU in meinem eigenen Umfeld habe. Ebenfalls ist wahr, dass der Strukturfonds beträchtliche Verbesserungen für unser tägliches Leben brachte, so wie neue Straßen und Einrichtungen aller Art: für Bildung, Sport, Kultur und Gesundheit ... eine Geldinjektion, die uns in Bezug auf die Infrastruktur aus den 1950er Jahren herausholte.

Aber die Ideologie, die von den Regierungen, Institutionen, der Presse und den Meinungsmachern am häufigsten wiederholt und veröffentlicht wurde, bestand schon immer in dem, was die EU am meisten hochhält: Demokratie, Menschenrechte, Respekt und Achtung der Menschenwürde.

Ich hätte nie gedacht, dass ich eines Tages Mitglied einer Institution wie des Europäischen Parlaments sein würde. Ich wurde gewählt, nachdem Podemos in Erscheinung getreten war, dieser schwierige, jedoch leicht zu definierende Traum, der den Lauf der spanischen Politik verändert und Europa stark beeinflusst hat. Und der weiterhin von uns in die Tat umzusetzen ist ...

Seit nun etwas mehr als einem Jahr lebe ich in der Europäischen Politik, bin in ihr versunken und manchmal wie unter ihr begraben, ausgehend von einem Parlament, das weit von dem

entfernt ist, was es zu sein beansprucht. Es sollte die repräsentative Kammer der europäischen Bevölkerung sein. Es sollte ein Spiegel der europäischen Gesellschaft sein, aber das ist es nicht.

Unser demokratisches System lässt Verfahren vermissen, die implementiert werden müssten, um über ein wirklich demokratisches System sprechen zu können. Indessen wählen wir weiterhin einen Schäfer, der die Schafe lenkt und sie dann, von Wölfen umrundet, alleine lässt. Wenn wir nach fünf Jahren den Schäfer wieder besuchen, ist es möglich, dass er inzwischen ein Freund der Wölfe geworden ist. Und das ist es, was mit unserer Demokratie passiert ist: Wir delegieren die Macht für zu lange und an nur wenige Eliten unter nur geringer Kontrolle. Jene, die wir zwar Vertreter nennen, die aber ihre Verpflichtung zu unserer Repräsentation leichtfertig vergessen haben, sehen im Handumdrehen nicht mehr so aus wie die Menschen, die sie gewählt haben. Sie haben nicht mehr länger dieselben Interessen. Der Wähler bleibt sprachlos zurück, die Demokratie stirbt. Und jener leere Raum hat sich mit Wölfen gefüllt.

Im Europäischen Parlament entsprechen die Lobbys diesen Wölfen, mit Angestellten, die Akkreditierungen besitzen – es sind um 4000, allein im Parlament, und sie tragen Buttons: Sie kommen und gehen, wie es ihnen gefällt. Sie organisieren Events aller Art für die Abgeordneten und laden sie ein und unterhalten sie. Diese Events, beispielsweise im gleisnerischen Gewand einer Präsentation vermeintlich unparteiischer Studien, versuchen die Politikmacher zu beeinflussen, den Ausschlag zugunsten ihrer eigenen Interessen zu geben und die Politik zu ihrem eigenen Vorteil auszurichten. Diesen Lobbygruppen stehen Millionenbudgets zur Verfügung, und die Profitabilität ist offenkundig sehr hoch. Nach Washington ist Brüssel der Ort mit der höchsten Konzentration an Lobbyisten und Organisationen, wie die NGO Corporate Europe Observatory belegen kann, mit schätzungsweise 15 000 bis 30 000 Mitarbeitern, die sich sämtlich dem Lobbyismus in den Europäischen Institutionen, besonders der Europäischen Kom-

mission, verschrieben haben. Sie arbeiten für 1 500 Industrie-
gruppen. Ihre Büros liegen wie eine Mauer rund um die Parla-
mentsgebäude und die Kommission, sichtbar und effektiv. Es
sind ihre Stimmen, die die Ohren der Politiker und der höherran-
gigen EU-Offiziellen zudröhnen, nicht die Stimmen der Bürger.
Und sie sind es, die über die Mittel verfügen, um Entscheidungen
zu kaufen.

Eines dieser Mittel ist das Phänomen des Drehtüreffekts. Damit
gemeint sind Politiker, die ein öffentliches Amt bekleideten und
nun beispielsweise in einen Direktorenjob einer großen Firma ge-
wechselt sind. In Spanien ist die Liste der Politiker, die vom Drehtür-
effekt Gebrauch machten, nahezu endlos. Einige kehren für eine
Weile zurück in den öffentlichen Bereich und immer so weiter.

Lobbyismus ist sehr profitabel. Diese Mischung aus wirtschaft-
lichen Möglichkeiten und leichtem Zugang zu Entscheidungssträ-
gern sowie das absolute Fehlen von öffentlicher Kontrolle ver-
wandeln die europäischen Institutionen in das Paradies des
Lobbyismus. Nur wenige Büros werden nicht von ihren Tentakeln
erreicht.

Zu alledem kommt hinzu, dass die meisten supranationalen Ins-
titutionen wie die Troika alles sind, aber keine demokratischen
Strukturen, und natürlich repräsentieren sie auch nicht die Bür-
ger. Niemand wählt sie oder legt ein Veto gegen sie ein. Sie ma-
chen Weltpolitik, indem sie Entscheidungen vom Kaliber eines
Regierungswechsels oder der ökonomischen Strangulation eines
Landes treffen. Sie gehören zu den politischen und ökonomi-
schen Eliten. Sie repräsentieren sich selbst und oktroyieren ihre
Ideologie durch Macht, verkleidet als Nicht-Ideologie. Sie versu-
chen ein Modell zu etablieren, in dem sie nie verlieren können.

Diese Europäische Union arbeitet nicht für die Menschen. Und
vielleicht hat sie es auch nie getan. Trotzdem glaube ich, dass es
einmal eine Zeit gab, in der die Idee der Verbreitung und Vertiefung
des Wohlstandes der Menschen und die Menschenrechte
auf der Tagesordnung vieler führenden Köpfe Europas standen,

jener, die an dieses Projekt glaubten und ihre Energie auf dieses
Ziel richteten. Aber davon ist nahezu nichts mehr übrig.

Wir können diesen Trend sehr gut nachvollziehen, wenn wir
die Außenpolitik der EU beobachten. Die Wirtschaftsmächte ha-
ben es geschafft, die Institutionen weltweit zu ihren besten Bot-
schaftern zu machen. Investitionen in und freier Handel mit Dritt-
ländern, besonders Entwicklungsländern, deren Begleittexte von
Höchstachtung für die Menschenrechte, Solidarität und Gerech-
tigkeit sprechen, von Umweltschutz, Unterstützung für die endo-
gene Entwicklung, Achtung der Souveränität und der nationalen
Gesetze. All diese Artikel sind reine Kosmetik und völlig nutzlos,
sie machen die EU zur Verräterin ihrer selbst, denn sie verletzt
permanent die Gesetzgebung, die sie entwickelt und beschließt.

Was wirklich zählt, sind Handelsabkommen und rote Teppiche
für die multinationalen Konzerne, damit sie tun können, was sie
wollen, wo sie wollen. Das verteidigen die europäischen Insituti-
onen mit Wirtschaftsdaten: Wenn Firmen so viel Geld machen,
dann können wir Europäer so auch viel Geld machen. Was für eine
Falle und Geringschätzung der Intelligenz anderer, aber am meis-
ten für das Leben der wirklich Benachteiligten, der Enteigneten!

Die EU ist weit davon entfernt, die Firmen, die diese Artikel
nicht respektieren, zu kontrollieren oder zu sanktionieren, und de-
monstriert damit ein hohes Niveau an Toleranz gegenüber Men-
schenrechtsverletzungen. Die EU ist heute ein Motor der Ungleich-
heit und Ungerechtigkeit innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen.

Es ist signifikant, wie die Wölfe ihre Ideologie – den Neoliberalis-
mus – in ein Dogma verwandelt haben, in nicht hinterfragbare
Wahrheiten, in eine Realität ohne Alternative. Und wie tun sie
das? Sie umgehen demokratische Kanäle, indem sie Lobbypolitik
betreiben, während Bürger lediglich wählen können – in einem
standardisierten und von allen akzeptierten, legitimierten Pro-
zess. Hier müssen wir ergänzen, dass ihre Sprache und ihr Dis-
kurs hegemonial geworden sind. Das sind die großen Errungen-
schaften des Kapitalismus.

Dennoch ist die Schlacht keinesfalls verloren. Die Bürger Europas zeigen Solidarität, und unsere Werte sind nicht pervertiert wie die vieler unserer Vertreter. In der letzten Zeit beobachten wir, besonders im Falle Griechenlands, ein empörendes Schauspiel, in dem die Masken fallen, wo politische Mächte die verborgene Realität offenlegen: Sie arbeiten exklusiv für die Wirtschaftsmächte. Sie sind von den großen Wirtschaftsmächten absorbiert worden. Sie sind eins mit ihnen.

In der Krisenzeit, in der wir leben, ist es notwendig, innezuhalten und über die Gründe, die uns hierhergebracht haben, nachzudenken. Wir müssen herausfinden, rigoros, was passiert ist. Die Hinweise sind klar: Die Profite werden privatisiert und die Verluste sozialisiert. Banken, Investoren und große Firmen haben mit der Gegenwart und Zukunft ganzer Nationen Roulette gespielt, und dabei gab es zwingende geheime Absprachen zwischen nationalen Regierungen und europäischen Institutionen. Austerität ist synonym mit Sozialisierung der Verluste.

Es ist ebenfalls notwendig zu sprechen, zu diskutieren, zu hinterfragen, zu denken und Alternativen vorzuschlagen. Und es ist die beste Zeit dafür. Wir leben in einer zunehmend politisierten Gesellschaft, auch wenn es beschämend ist, dass wir erst in extreme Situationen geraten müssen, um uns als Bürger darüber klar zu werden, dass die Partizipation an Regierungen eine Notwendigkeit ist. Als alles gut war, gaben wir uns damit zufrieden, wegzuschauen. Aristoteles hätte uns Idioten genannt, weil wir aufgehört haben, uns um die Regierung der Öffentlichkeit zu sorgen. Doch auch die Wölfe sind Idioten; denn sie sind extrem egoistisch und meinen, dass sie die Gesellschaft für ihre Existenz nicht benötigen.

Syriza und Podemos tragen innerhalb dieser Explosion des politischen Interesses, der Partizipation, Diskussion, der Beschwerden und Vorschläge, große Verantwortung. Es sind politische Bewegungen, die Bewusstsein und Hoffnung selbst über ihre Grenzen hinaus geschaffen haben, was den elitären und exklusiven politischen Regimes in Griechenland und Spanien tiefe Risse

zugefügt hat. Sie haben einige der Glaubenssätze, dass der Neoliberalismus »alternativlos« ist, zum Platzen gebracht. Und das ist einer unserer größten Erfolge.

Wir haben die Saat der Veränderung gesät. Die Zukunft Europas verdient und braucht andere Kapitäne. Wir brauchen Regierungen, die die Menschen verteidigen und sie nicht zur Ware machen. Wir brauchen Politiker, deren Werteskala dieselbe ist wie die der einfachen Leute, welche unter den destruktiven staatlichen Politiken leiden. Wir brauchen Menschen, um Politik für Menschen zu machen.

Was in Griechenland passiert, hat vielen die Augen geöffnet, die klar gesehen haben, wer die europäischen Institutionen und die Troika wirklich befehligt. Keine dieser Entscheidungen basiert auf dem Leben als höchstem Wert, auf Menschenrechten, auf Volkssouveränität noch auf irgendeinem der Werte eines vereinten Europas, das sie uns verkauften.

Es ist total schockierend und inakzeptabel, dass die Forderungen mancher Gläubiger Vorrang vor den fundamentalen Rechten einer gesamten Nation erlangen. Es ist eine Beleidigung des Wertekanons, der Gesetze und der sozialen Entwicklung, die über Jahrhunderte von Kämpfen und unter Einsatz des Lebens errungen worden sind. Und dabei still zu halten und faul zuzusehen, ohne Druck für echte Veränderungen nach vorne auszuüben, beleidigt all jene, die einst für die Rechte, die wir nun genießen, gekämpft haben. Die Rechte und die Freiheit, die doch so logisch, fundamental und eigentlich so selbstverständlich sind, dass es mühsam ist, sie in der politischen Aktion immer wieder einzufordern. Es sind Konzepte, die in der Ideologie der Wölfe nicht existieren. Oder vielleicht entspricht das, was der Europäischen Union passiert ist, dem, was Miguel de Unamuno meinte: dass manchmal ein Ding so bekannt ist, dass wir es vergessen.

Straßburg im August 2015

1 Die Krise des Kapitalismus und deren Umwandlung in ein »griechisches Problem«

Mit diesem Buch möchte ich ein anderes Licht auf das werfen, was die »amtliche« öffentliche Erzählung in Griechenland, in Europa und besonders in Deutschland im nunmehr fünften Jahr in Folge über die »griechische Frage« verbreitet.

Ich teile die Erfahrung eines Volkes, das nun schon seit Jahren dem unmenschlichen Neoliberalismus ausgesetzt ist, gegen den es ankämpft, um seine Würde zu bewahren und um an der Hoffnung festzuhalten, dass das thatcheristische TINA (there is no alternative) sich bei den europäischen Völkern nicht einnisten kann. Es ist ein verzweifelter und manchmal einsamer Kampf darum, dass Europa zu seinen Gründungswerten zurückfindet, sie erweitert, dass die Diskussion wieder aufgenommen wird über die Entwicklung, die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Sozialstaat, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Schutz der Umwelt und die offenen Grenzen. Vor allem ist es ein Kampf für Wohlstand und Demokratie.

Diesem Kampf des griechischen Volkes für die Wiederaneignung der verlorenen und für Europa offenbar unmaßgeblichen Werte stellen die Gläubiger eine Reihe nicht nachvollziehbarer Argumente gegenüber: Die griechische Wirtschaft sei nicht wettbewerbsfähig, der griechische Staat und die öffentliche Verwaltung seien ineffektiv und korrupt, die Griechen seien Faulpelze und Steuerhinterzieher. Das sind irriige Behauptungen, die nur darauf abzielen, jede Gegenwehr und jeden Widerstand zu brechen.

Beim Versuch der Beweisführung und der Widerlegung des Kalküls der Gegner nehme ich zu Beginn die wirtschaftlichen Faktoren in den Fokus. Damit meine Antwort auf die herrschende Erzählung über einen verspäteten Kapitalismus und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands besser nachvollzogen werden kann, erlauben Sie mir eine Tour de Force durch die internationale und europäische ökonomische und politische Umgebung. Das wird uns dabei helfen, nicht nur das Geschehen selbst, sondern auch die immer neuen Spannungen zu rekapitulieren, zumal die Entwicklung weiter andauert, noch während diese Zeilen niedergeschrieben werden.

Mir geht es darum zu zeigen, dass wir es nicht ausschließlich mit einem »griechischen Fall«, mit der »Krise Griechenlands« zu tun haben, sondern mit einer Systemkrise *par excellence*, die unauflöslich mit dem Kapitalismus und seinen Auswirkungen verknüpft ist. Griechenland, so meine feste Überzeugung, muss im Rahmen dieser Krise vor allem dafür herhalten, die Umsetzung einer unmenschlichen Politik zu Lasten seiner Einwohner exemplarisch zu erproben und die Rolle eines Versuchskaninchens für die innere Abwertung zu spielen.¹

Gestatten Sie mir hier eine kleine begriffliche Vorbemerkung. In der öffentlichen Debatte hat sich eine ideologisch gefärbte und sehr heikle Terminologie durchgesetzt, die eigentlich ein eigenes Glossar verdient. Die an Griechenland ausgegebenen Kredite laufen gemeinhin unter der Überschrift »Rettungsprogramme« oder »Hilfspakete«. In Brüssel werden demzufolge aus schierer Gutherzigkeit Pakete geschnürt, um dem armen Griechenland beizuspringen. Dass diese Pakete ihre hohen Preise – Preise, die ihrerseits beschönigend »Reformen« genannt werden, obwohl sie die früher erkämpften Arbeitnehmer- und Menschenrechte deformieren – haben, gerät dann leicht ins Hintertreffen. Ich bevorzuge stattdessen den neutralen Begriff »Memorandum«. Ein solches »Memorandum of Understanding« oder auch »Schuldenmemorandum« ist ein zwischen der Eurogruppe und

der griechischen Regierung in einem Machtungleichgewicht ausgehandeltes Dokument, in dem Summen, Fristen, Auflagen und Konditionen festgelegt sind.

Ein weiterer beliebter Euphemismus ist die Verwendung des Begriffs »Sparpolitik«, wenn eigentlich Kürzungs- beziehungsweise Austeritätspolitik gemeint ist. Und in ähnlicher Weise wie die »Pakete« hat auch der Begriff »Troika« etwas Verniedlichendes. Eigentlich sollte ich das Wort immer in Anführungszeichen setzen, aber das liest sich auf Dauer so ermüdend, dass ich dann doch darauf verzichtet habe.

Die Systemkrise und die Konstruktionsfehler der EU

Weitere Informationen zum Buch und unserem Programm finden Sie unter: www.westendverlag.de